

Antrag 12 – AUGE/UG

Sicherheitspaket: Totale Videoüberwachung für alle?

Der Antrag der AUGE/UG „Sicherheitspaket: Totale Überwachung für alle?“ an die 166. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien am 29.11.2018 wurde mehrstimmig angenommen.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien ist daher mit dem Ersuchen an den Nationalrat herangetreten, die Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit dem „Sicherheitspaket“ neu zu überdenken. Im Besonderen gilt dies für die Ausweitung der Videoüberwachung. Auf Grund der neuen Gesetzeslage besteht nun zusätzlich die Verpflichtung, private und öffentliche Aufzeichnungen ohne

vorherige richterliche Bewilligung herauszugeben. Weiters ist es Sicherheitsbehörden nun erlaubt auf Überwachungskameras (per Livestream) zuzugreifen.

Diese Maßnahmen ermöglichen eine flächendeckende, unterschiedslose und verdachtsunabhängige Überwachung ohne richterliche Genehmigung und stellen somit einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte (insb. in das Grundrecht auf Privatsphäre des Einzelnen) der österreichischen Bevölkerung dar.